

Auf uns kommt es an -

Nie wieder völkischer Nationalismus in Bayern, Deutschland und Europa!

„Wir sagen mit aller Klarheit: Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar. Die Verbreitung rechtsextremer Parolen – dazu gehören insbesondere Rassismus und Antisemitismus – ist überdies mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar.“ (Deutsche Bischofskonferenz, Beschluss Februar 2024)

Die KLJB Bayern positioniert sich klar gegen völkischen Nationalismus. Schon 2018 beschloss der Landesausschuss, die AfD als Partei im rechtsextremen Spektrum nicht in die politische Arbeit der Landesebene miteinzubeziehen.¹ Heute sagen wir noch immer, dass eine KLJB-Mitgliedschaft und Nähe zur AfD nicht vereinbar sind. Wir begrüßen die klare Haltung der Deutschen Bischofskonferenz sowie anderer Verbände und setzen diese auch immer wieder in unserer Arbeit um.

I. Lage: 2024 ist für unsere Generation Schrecken und Hoffnung zugleich

Die rechtsextremen Wahlerfolge und Pläne für eine “Remigration”² von Menschen, von Nachbar*innen und Freund*innen sind erschütternd. Bereits jetzt treten Hatespeech und rechtsextreme Propaganda sowohl in den sozialen Netzwerken als auch im gesellschaftlichen und politischen Diskurs vermehrt auf.

Zugleich macht uns Hoffnung, dass aus der breiten Bevölkerung eine starke und diverse Bewegung für Demokratie und Menschenrechte entstanden ist. Diese Bewegung konnte in sämtlichen Teilen des Landes, insbesondere in großen Städten, aber auch in kleinen Städten und ländlichen Regionen eine starke Präsenz erzielen.

¹ „Empfehlungen zum Umgang der KLJB mit der AfD“ (Landesausschuss, 11.11.2018)

² “Remigration” ist ein von der rechtsextremen Szene geprägter ideologischer Kampfbegriff und umschreibt beschönigend den Plan für eine politisch erzwungene “Rückwanderung” von vielen Menschen, die aus anderen Ländern in eine neue Heimat gekommen sind. Bekannt wurde der Begriff im Januar 2024 nach Recherchen, dass der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner bei einem Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam 2023 einen sogenannten „Masterplan zur Remigration“ vorgestellt hatte.

Diese Kundgebungen senden eine wichtige Botschaft: Nie wieder darf wie in den Jahren vor 1933 eine Demokratie scheitern. Nie wieder darf es eine Machtübergabe an eine rechtsextremistische, menschenfeindliche und gewalttätige Diktatur geben.

Deshalb wird die KLJB den von der Bischofskonferenz so klar und deutlich formulierten Grundsatz "Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar" vorleben.³

2. Bewertung: Wir stehen vor der Wahl – klare Grenzen setzen!

2024 wird ganz Europa vor einer Wahl stehen, die folgende Fragen stellt: Haben rechtsextremistische und rechtspopulistische Kräfte⁴ eine immer größere Chance, immer mehr Machtpositionen im Rahmen der demokratischen Verfassungen zu bekommen und diese am Ende nach ihren Zielen zu verändern? Wird besonders die junge Generation weiter mehrheitlich klar und deutlich für demokratische Werte und Vielfalt eintreten?

2024 kommt es besonders auch auf unsere Generation, auf die KLJB und viele andere überparteiliche Verbände an! Es ist ein wichtiges Zeichen, dass die Jugendverbände und die Spitzen der großen Kirchen und Religionsgemeinschaften in Deutschland fest zur Demokratie stehen.

Ebenso wichtig ist es, dass gerade konservative Parteien, die bei uns in Bayern eine Mehrheit haben, eine klare und unzweifelhafte Grenze zu rechtsextremen Parteien und Gruppierungen ziehen und jegliche Zweifel an dieser Distanz verwerfen. Wir sind überzeugt, dass alle Versuche, bisher klare Grenzen zum Rechtsextremismus in Frage zu stellen, beendet werden

³ **Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar**, Erklärung der Deutschen Bischöfe, Augsburg, 22. Februar 2024. Diese Erklärung beschreibt die **Ideologie des völkischen Nationalismus** sehr gut: "Das Volk ist für diese Ideologie eine Abstammungs-, letztlich eine Blutsgemeinschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kultureller Prägung wird von diesem Denken deshalb prinzipiell infrage gestellt, wenn nicht gar verworfen. Das Volk wird als 'Ethnos' gedacht, als Gemeinschaft der ethnisch und kulturell Gleichen oder Ähnlichen. Nach den Gräueln des Nationalsozialismus versteht unser Grundgesetz das Volk hingegen aus gutem Grund als „Demos“, d. h. als Gemeinschaft der Gleichberechtigten, die auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte unsere Gesellschaft gemeinsam aufbauen und gestalten." Vgl. auch [ZdK pro Demokratie-Initiativen gegen gesellschaftlichen Rechtsruck](#). Beschluss des Hauptausschusses des ZdK (Zentralkomitee der deutschen Katholik*innen, 26.01.2024

⁴ **Rechtsextremismus** ist für uns in Übereinstimmung mit der Politikwissenschaft und Verwaltung ein Sammelbegriff zur Beschreibung neonazistischer oder ultranationalistischer politischer Ideologien, Einstellungen und Aktivitäten. Ideologischer Kern des Rechtsextremismus ist die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit von Menschen, verbunden mit einem antipluralistischen, antidemokratischen und autoritären Gesellschaftsverständnis. **Rechtspopulismus** ist dagegen eher eine politische Strategie, die autoritäre Vorstellungen vertritt und verbreitete rassistische Vorurteile ausnutzt bzw. verstärkt. In der Politikwissenschaft wird als Kern von Populismus eine demagogische Argumentation bezeichnet, die „den kleinen Mann“ oder „das einfache Volk“ gegen „das Establishment“/„die da oben“ stellt, beim Rechtspopulismus strikt nach außen, beispielsweise gegen ethnische oder religiöse Gruppen, in Deutschland meist gegen Menschen muslimischen Glaubens. Vgl. [Flyer der BAG Kirche und Rechtsextremismus: Rechtspopulismus](#).

müssen. Vor allem die Reproduktion der rechtspopulistisch vereinfachenden Angst-Kampagnen und menschenfeindlichen Themen der AfD muss beendet werden. Denn das stärkt sie viel mehr, als dass es zum Erfolg demokratischer Parteien beiträgt.⁵ Entscheidend werden hier die Europawahl im Juni und die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024, sowie die anschließende Regierungsbildung.

3. Unsere Forderungen an die Politik

Wir halten an unseren bisherigen Beschlüssen für mehr Demokratiebildung und gegen Rechtsextremismus fest und bringen diese weiterhin aktiv in die Politik mit ein.

Wir fordern weiter von der Politik auf allen Ebenen:

- **Netzwerkstrukturen** müssen stärker gefördert werden, etwa in lokalen „Bündnissen für Demokratie und Menschenrechte“, die die Zivilgesellschaft organisieren und für die Arbeit gegen Rechtsextremismus sehr wichtig sind.
- **Demokratiebildung** muss stärker gefördert werden, besonders in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung: Argumentationstrainings gegen „Stammtischparolen“, Beratung gegen Hatespeech und politische Bildung mit Dialogangeboten von Politik und Zivilgesellschaft sowie Medienpädagogik sind gerade bei uns in Bayern noch wenig gefördert. Ein Demokratiefördergesetz - wie es auf Bundesebene geplant ist - und eine Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wären in Bayern ein erster Schritt. Damit kann die zivilgesellschaftliche Arbeit für Demokratie und Vielfalt finanziell und strukturell langfristig abgesichert werden.⁶ Vor allem braucht es mehr Investitionen in gut etablierte Strukturen von Medienbildung, sowohl für Kinder und Jugendliche, als auch für ältere Generationen.
- **Jugendbeteiligung und politische Bildung** müssen stärker gefördert werden. Das fordern wir bereits seit Jahren. Neben dem Wahlalter ab 16 sind mehr Raum für politische Bildung in Schule und Jugendarbeit sowie eine Verankerung verpflichtender Strukturen der Jugendbeteiligung in der bayerischen Gemeindeordnung für uns

⁵ Vgl. die Forschungen der niederländischen Politikwissenschaftlerinnen Sarah de Lange und [Leonie de Jonge/Anna-Sophie Heinze: How to Respond to the Far Right? Verfassungsblog, 14.8.2023](#) und Marc Debus: [Schwächt eine programmatische Annäherung der Unionsparteien an die AfD den Wahlerfolg der Rechtspopulisten? Eher nicht. Blog der DPWV, 6.10.2023](#)

⁶ Als wichtige Kontakte und Fachstellen zu Demokratieförderung sehen wir u.a. folgende Einrichtungen, die eine verstärkte Förderung über kurzfristige Projekte hinaus auch auf dem Land brauchen: Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus (LKS Bayern) beim BJR www.lks-bayern.de, Kompetenzzentrum für Demokratie und Menschenrechte (KDM) Bayern www.kdm-bayern.de, Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern beim BJR www.rias-bayern.de, BAG Kirche und Rechtsextremismus <https://bagkr.de/> und B.U.D. Bayern, Beratung. Unterstützung. Dokumentation <https://bud-bayern.de/>

grundlegend notwendig, um die Demokratie zu stärken. Jugendpolitik fand nicht einmal im Koalitionsvertrag Erwähnung. Jetzt geht es darum, hier neue Wege zu gehen als ein Zeichen für mehr Demokratie.

- **Verbote und Sanktionen** gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus müssen geprüft und durchgesetzt werden. Wer die demokratische Verfassung aktiv bekämpft oder zerstören will, muss mit Widerstand im demokratischen Rechtsstaat rechnen. Hier gibt es viele Möglichkeiten wie Parteiverbote, Vereinsverbote, Anwendung der Strafgesetze zur Volksverhetzung, Verbot der Förderung rechtsextremer Stiftungen aus demokratischen Haushaltstiteln – die Demokratie darf nicht wie in den Jahren vor 1933 ausgehebelt werden!
- **Schutz vor rechtsextremen Gewalttaten** für Ehrenamtliche und Politiker*innen muss verbessert werden! Die Gewaltbereitschaft gegen politisch Engagierte nimmt zu, wodurch sich insbesondere Kommunalpolitiker*innen aus Angst vor negativen Folgen aus der Politik zurückziehen. Die Angriffe und Einschüchterungsversuche auf politisch Aktive im Vorfeld der diesjährigen Wahlen sind aktuelle Beispiele hierfür. Zum besseren Schutz für alle politisch Aktiven müssen diese Taten konsequent verfolgt und demokratiegefährdende Taten streng sanktioniert werden.
- **Hatespeech** und die Verbreitung von Falschnachrichten in Social Media müssen noch stärker bekämpft werden. Wir haben dazu 2021 ausführliche Forderungen aufgestellt, was hier politisch und mit Beratungsarbeit getan werden kann. Besonders bei der Regulierung der Verantwortung der Social-Media-Konzerne ist hier noch wenig erreicht worden.⁷
- **Kommunen und Kirchengemeinden** müssen genau hinsehen, wem sie Räume zur Verfügung stellen. Rechtsextreme Propaganda, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit dürfen keinen öffentlichen Raum bekommen, wenn die Hausordnungen und Vertragsregelungen öffentlich geförderter Träger und der Pfarrgemeinden Grenzen setzen. Das gleiche gilt für private Gasthöfe, die ihre Verantwortung kennen müssen und sich freiwillige Verpflichtungen geben können, keine Räume an rechtsextreme Gruppen zu vergeben.
- **Verfassungsstatus** soll in Bayern der staatliche Auftrag gegen Rassismus und Antisemitismus bekommen, damit unsere Demokratie wehrhafter wird.
- **Asyl und Integration besser gestalten** - das wollen wir auch auf dem Land. Wir müssen ehrlich aufarbeiten, welche politischen Fehler bisher in der Integration und Migration gemacht wurden. Der für uns falsche Weg war eine vorrangig auf Abschreckung und Kostenminimierung gebaute Asylpolitik, die bisher etwa auf dem Land große Unterkünfte für Geflüchtete plante, statt flächendeckende Verteilung in vielen kleinen Orten. Zudem sind Deutschkurse von Anfang an sowie Integration in den Arbeitsmarkt und damit Begegnungen im Alltag in kleinen Gemeinden notwendig

⁷ Beschluss „Gemeinsam gegen Hatespeech! Für mehr Wertschätzung, Nächstenliebe und Solidarität im Netz“ (KLJB-Landesversammlung, 16.5.2021)

und wichtig, denn sie sind der bessere Weg für soziale Integration in einem offenen Land als Isolation.

- **Weg vom Populismus** hin zu einem Miteinander in der Demokratie. Vom Rechtspopulismus kopierte Parolen (“die Demokratie zurückholen”) oder Angst-Kampagnen wie gegen “Gendersprache” entfernen uns vom gemeinsamen Ziel der demokratischen Kräfte, von einer Gesellschaft ohne Diskriminierung. Insgesamt gilt für uns in der Politik: Es gibt nur Konkurrenz, keine Feindschaft zwischen demokratischen Kräften.

4. Ziel und Aufgabe für uns als KLJB Bayern

Wir selbst werden als KLJB Bayern unsere in dieser Frage klaren Positionen weiter verbreiten und mutig vorangehen. Als demokratischer Jugendverband geben wir den Gefahren des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus keinen Raum.

Wir werden weiterhin:

- **Demokratische Werte vermitteln.** Wir wollen dabei mit allen im Gespräch bleiben in der Bildungsarbeit, gerade auch mit jungen Menschen, die in ihrer politischen Entwicklung noch offen sind und im seltensten Fall über ein geschlossen rechtsextremes Weltbild verfügen. Wichtig sind uns gerade junge Menschen, „die für diese Ideologie empfänglich, aber gesprächswillig sind“, wie es die Deutsche Bischofskonferenz formulierte.⁸
- **Bündnisse stärken.** Wir werden uns weiter beteiligen an breiten Bündnissen für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde. Wir rufen dazu alle KLJB-Gliederungen von Ortsgruppen über Kreise bis zu Diözesanverbänden auf!
- **Aufklärungs- und Bildungsarbeit verstärken.** Wir verstärken die politische Bildungsarbeit und beginnen mit einer Bestandsaufnahme, wie wir bisher als Jugendverband mit dem Thema umgehen. Dazu gehört eine kritische Sicht zum „Graubereich“ zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus, besonders auch in unserer Kirche. Für uns sehr kritische Verbindungen schaffen hier die verächtlich „Gender-Ideologie“ benannten Fragen der für uns positiven Vielfalt in der Gesellschaft und der Gleichstellung aller Menschen.
- **Keine Gespräche mit rechtsextremen Organisationen führen.** Wir haben weiter keine politischen Gespräche mit rechtsextremen Parteien wie der AfD und ihnen nahe stehenden Organisationen, laden sie nicht ein und nehmen keine Einladungen an, da sie unsere demokratische Jugendarbeit in Frage stellen und abschaffen wollen.⁹

⁸ [Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar](#), Erklärung der Deutschen Bischöfe, Augsburg, 22. Februar 2024.

⁹ „Empfehlungen zum Umgang der KLJB mit der AfD“ (Beschluss KLJB-Landesausschuss, 11.11.2018)

- **Grenzen klar ziehen.** Für uns ist klar: Völkischer Nationalismus und alle Formen von öffentlich unterstützter menschenunwürdiger Diskriminierung (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) sind mit einer Mitgliedschaft in der KLJB unvereinbar.¹⁰ Wir empfehlen auch für alle katholischen Jugendverbände im BDKJ und weitere katholische Verbände und Gremien den satzungsmäßigen Ausschluss für Mitglieder, die jeweilige Satzungsziele aktiv bekämpfen. Das gilt etwa, wenn sie rassistische oder sonstige menschenrechtswidrige Auffassungen öffentlich kundgeben oder Mitglied bzw. Unterstützer*in von Organisationen und Parteien, die diese Auffassungen vertreten, sind.¹¹ Zudem fordern wir alle Gruppen und Verbände auf, sich klar von jeglicher Art der Diskriminierung zu distanzieren.
- **Erst das Gespräch führen, dann ein möglicher Ausschluss.** Wichtig für uns bleibt: Vor einem Ausschluss von Mitgliedern, die gruppenbezogen menschenfeindliche Aussagen treffen oder dementsprechend handeln, suchen wir das Gespräch mit den betreffenden Personen, mit dem Ziel, Verständnis für die Positionen der KLJB zu vermitteln und sehen den Ausschluss nur als letztes Mittel.

5. Vision und Auftrag: Auf uns kommt es an – klare Grenzen setzen!

Wir - die KLJB in Bayern - setzen uns seit 75 Jahren aktiv für die Demokratie ein und werden das weiterhin tun, in den Großstädten ebenso wie auf dem Land! Auf uns kommt es dabei weiterhin an, wenn etwa bei der Europawahl am 9. Juni 2024 auch junge Menschen ab 16 Jahren wählen können und für ein demokratisches und friedliches Europa in ihrer Zukunft eintreten.

Dabei wissen wir aus der Jugendarbeit: Demokratie kostet Zeit, Geld und ist oft auch anstrengend. Aber nichts könnte wichtiger sein als die Erfolge ehrenamtlichen Engagements zu sehen: Bei uns in der KLJB sind das steigende Mitgliederzahlen und eine positive Stimmung, in der Politik zählen dann nicht nur öffentliche Kundgebungen und Wahlen, sondern vor allem auch das, was wir von allen Verantwortungsträger*innen in der Politik einfordern:

Klare Grenzen setzen – mit völkischem Nationalismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darf sich keine politische Kraft der Demokratie einlassen!

¹⁰ "Gemeinsam gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Für ein vielfältiges und buntes Land." (Landesausschuss, 13.11.2022) und Klare Distanz der KLJB Bayern zu allen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) "Kurzfassung" (Landesausschuss, 13.11.2022)

¹¹ So formuliert es für uns vorbildlich seit 2021 der § 5 (3) [Satzung der Gemeinsamen Pfarrgemeinderäte](#) im Bistum Würzburg.